

Name

Seitz

Vorname

Thomas

Geburtsdatum

08.10.1967

Familienstand

verheiratet

Geburtsort

Ettenheim/Ortenau

Wohnort

Lahr



Werdegang

1987 Abitur Scheffelgymnasium Lahr (Note 1,0); Studium der Rechtswissenschaften 1988 - 1994 (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Université de Lausanne); 1. Staatsexamen 1994 (vollbefriedigend 9,39 Punkte; Platzziffer 30 von 267); Referendariat Landgericht Offenburg 1994 - 1994; 2. Staatsexamen 1996 (vollbefriedigend 10,01 Punkte; Platzziffer 21 von 551); Eintritt in den höheren Justizdienst des Landes Baden-Württemberg September 1996 mit diversen Verwendungen als Richter und Staatsanwalt:
Landgericht Rottweil 1996 - 1997;
Staatsanwaltschaft Rottweil 1997 - 1998; Amtsgericht Spaichingen 1998 - 2001; Landgericht Offenburg 2001 - 2002; Amtsgericht Villingen-Schwenningen 2002 - 2007;
Staatsanwaltschaft Freiburg seit 2008.
(Kopien meiner Zeugnisse halte ich in Kehl zur Einsichtnahme bereit; bei der AfD darf es keine Hochstapler geben)

Ausgeübter Beruf

Staatsanwalt

Mitglied seit

Mai 2013

Frühere Parteizugehörigkeit ggf. Austrittsdatum

DIE Freiheit, Dez. 2011

Direkt oder Parteilos

parteilos

Ausgeübte Ämter in der Partei / Besondere, für die Partei erbrachte Leistungen

Organisation Stammtisch Lahr seit 2014; Erstellung des von Eugen Ciresa durchgeführten Minderheitsbegehrens 2014 gegen Kölmel; mehrfache Berufung in Tagungspräsidien bei Parteitagen (Land, Bund); erfolgreiche Anfechtung der "Bremer Ermächtigungssatzung" von Bernd Lucke; Gründung des Ortsverbandes Südliche Ortenau - Kinzigtal 2015 (entspricht Landtagswahlkreis 50); Mitglied des Bundesschiedsgerichts (seit 2015) Kandidat zur Landtagswahl 2016 im Wahlkreis 50: Ergebnis 15,0% (ca. 2% über Durchschnitt des Regierungspräsidiums), 10755 Stimmen für die AfD (genau 2 fehlten für das Landtagsmandat); das im Zusammenhang mit meinem Auftreten für die AfD eingeleitete Disziplinarverfahren meines Dienstherrn ist noch nicht abgeschlossen.

Vorstand eines Trägervereins für ein privates Studentenwohnheim seit 2012 sowie Vorstand des Trägervereins für die zugehörige Immobilie seit 2015 (beide ehrenamtlichen Ämter enden Anfang Juli 2017; die Ämter werden nur noch formal innegehabt)

Warum ich für den Bundestag kandidiere (politische Zielsetzung):

- Aus fester Überzeugung, dass ich die erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen mitbringe, um für die AfD den Altparteien im Bundestag Paroli zu bieten und das Leben schwer zu machen. Erfolgreiche parlamentarische Arbeit im Bundestag heißt für mich, den Altparteien unsere Themen aufzwingen und sie zu Entscheidungen in unserem Sinne bringen. Der Slogan „AfD wirkt“ muss im Bundestag zur täglichen Realität werden. Mein Wunsch ist es, für die AfD im Bundestag dafür zu kämpfen, dass wir diese von den Altparteien beherrschte Republik und dieses System, das im Begriff steht, unsere Lebensgrundlagen unwiederbringlich zu zerstören, grundlegend verändern.
- Ich will als Vertreter der AfD in den Bundestag, weil ich dort keine Leute mehr sehen möchte, die sich hiervon vor allem berufliche oder finanzielle Vorteile versprechen. Mit meiner auf 41 Wochenstunden berechneten Bruttobesoldung liege ich bei etwa 2/3 der Entschädigung, die ein Mitglied des Bundestags erhält. Da weniger als 60 Wochenstunden für die Wahrnehmung eines Bundestagsmandats kaum realistisch sind, kann es mir um das Geld nicht gehen, von Lebensqualität ganz zu schweigen. Wäre Geld das mich antreibende Motiv, wäre ich ohnehin Rechtsanwalt in einer Großkanzlei oder spezialisierten mittelständischen Kanzlei geworden. Aber ich will ehrlich sein: Die erneute Kandidatur für die AfD kann mein Dienstverhältnis so belasten, dass mir die Entlassung aus dem Dienst droht, was vor allem auch den Verlust der Versorgungsansprüche zur Folge hat. Ich kann meine bisherige Existenz aber nicht völlig aufs Spiel setzen. Ich trete auch deshalb bei den vorderen Listenplätzen an, um mich insoweit abzusichern. Nachdem Prof. Meuthen einen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt hat, werde ich mich für Listenplatz vier bewerben.
- Als junge Partei müssen wir den parlamentarischen Betrieb erst lernen, als Juniorpartner einer Koalitionsregierung würde die AfD sicherlich zerrieben werden. Die AfD muss mindestens für eine Legislaturperiode konsequente Oppositionspolitik betreiben und darf sich nicht in eine Koalition locken lassen. Für die Verlockungen des Systems bin ich unempfänglich, sonst wäre ich nicht in der AfD. Mit mir wird es keine Koalition geben, weil ich weder davor Angst habe, ein „Aussätziger“ zu sein noch man mich mit einem Posten als Staatssekretär oder Minister ködern kann.
- Ich will für die Freiheit kämpfen, damit wir wieder Bürger werden und nicht vollends zu Untertanen mutieren, ganz egal ob dies das Waffenrecht, das zwangsfinanzierte Staatsfernsehen oder die Meinungsfreiheit betrifft.
- Ich will meinen Beitrag leisten, um Deutschland aus der quälenden und erdrückenden Umklammerung der EU zu lösen und um zu verhindern, dass auch die letzten Reste deutscher Souveränität und deutschen Vermögens nach Brüssel abgegeben werden. Der

Warum ich für den Bundestag kandidiere (politische Zielsetzung):

Der Euro war von Beginn an eine Fehlkonstruktion, die EU halte ich für nicht reformierbar und einen Austritt genauso für unabdingbar wie aus der Währungsunion. Anzustreben ist eine Erneuerung der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), denn Freihandel bedarf weder der EU noch TTIP. DEXIT 2017 ist gut. DEXIT 2016 wäre besser.

- Beim Thema NATO darf ein Austritt kein Tabu bleiben, auch wenn ein solcher kein primäres Ziel für mich ist. Als echtes Verteidigungsbündnis hat sich die NATO durchaus bewährt - allerdings in vergangenen Jahrzehnten. In den letzten Jahren ist hieraus jedoch ein international agierendes Interventionsbündnis geworden, dessen derzeitiger Kurs direkt auf einen bewaffneten Konflikt mit Russland hinausläuft. Deutschland muss sich auf seine Interessen besinnen und hierzu kann nur eine partnerschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland gehören. Kein Volk hat im 2. Weltkrieg schlimmere Verheerungen erleiden müssen als das russische Volk, gleichwohl sind die Vorbehalte gegenüber Deutschland in Russland weitaus geringer als in Großbritannien oder in den USA. Die verhängten Sanktionen schaden Deutschland genauso wie Russland und müssen sofort beendet werden, anstatt dass Deutschland als einzige Nation wieder einmal den Musterknaben spielt. Genauso gehören deutsche Soldaten weder nach Afghanistan noch nach Syrien oder in eine Türkei, die sich ihrerseits als Aggressor in Syrien und im Irak betätigt und deshalb keine Beistandspflicht verlangen kann. Von Bismarck stammt der Ausspruch: "Der Balkan ist mir nicht die heilen Knochen eines einzigen Pommerschen Grenadiers wert". Diese klare Absage an eine Aufopferung deutscher Soldaten für fremde Interessen war damals so richtig wie heute.

- Ich will für die AfD in den Bundestag, damit es dort endlich wieder eine Opposition gibt, die lautstark widerspricht, wenn unsere Regierung pflichtvergessen die Interessen unseres Landes verrät und auch noch die Reste des Wohlstands, den unsere Eltern und Großeltern hart erarbeitet haben, verschleudern. Dabei ist es ganz egal, ob es um ein weiteres Hilfspaket für Griechenland geht oder um die unregelmäßige Öffnung unseres Heimatlandes für Migranten aus aller Welt. Allein an den finanziellen Folgen dieser Rechtsbrüche wird Deutschland noch in Generationen zu tragen haben. Um den hieraus folgenden Finanzbedarf zu befriedigen, werden die Altparteien weiter an der Steuerschraube drehen müssen. Derzeit betrifft dies auf kommunaler Ebene in vielen Städten und Gemeinden die Grundsteuer, es denken auch mehrere Bundesländer über weitere Erhöhungen der Grunderwerbsteuer nach und auf Bundesebene wird eine gewaltige Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen - natürlich erst nach der Bundestagswahl 2017. Nach meiner Einschätzung wird dies die Wählertäuschung durch Frau Merkel & Co. mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16% auf 19% - immerhin die bis dahin größte Steuererhöhung aller Zeiten - nochmals in den Schatten stellen wird. Hier gilt es dagegen zu halten und dafür zu kämpfen, dass die inflationäre Enteignungspolitik der EZB, die perspektivlose Subventionierung insolventer Staaten sowie die ungezügelter Migration nach Deutschland gestoppt werden. Für letzteres muss langfristig die Verfassung geändert werden. Finanzielle Anreize müssen umgehend noch weiter gesenkt und Abschiebungen intensiviert werden, auch wenn dies derzeit nur bedingt rechtlich möglich ist. Vor allem aber muss unterbunden werden, dass eine illegale Einreise fast immer in den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit mündet.

Warum ich für den Bundestag kandidiere (politische Zielsetzung):

- Ich will letztendlich für die AfD in den Bundestag, weil die Alternative für Deutschland die letzte Chance ist, die Deutschland nach meiner festen Überzeugung noch hat. Diese Chance dürfen wir nicht vergeben und hierfür will ich kämpfen. Im Interesse Deutschlands, im Interesse unserer Kinder und Enkel. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, mir Ihr Vertrauen zu schenken.

Meine drei rechtspolitischen Hauptthemen sind:

- Änderung des Asylrechts: Kontingentierte objektive Garantie anstatt auf Kosten des Steuerzahlers einklagbares Individualrecht (langfristiges Ziel, da Verfassungsänderung nötig); Kündigung der UN-Flüchtlingskonvention (Kündigungsfrist: nur 1 Jahr) sowie Austritt aus der EU (Wegfall von Regelungen wie der Richtlinie 2011/95/EU, sog. Qualifikations-/Anerkennungsrichtlinie), um deutsche Souveränität wiederherzustellen.
- Revision des Staatsangehörigkeitsrechts mit Rückkehr zum Abstammungsprinzip („ius sanguinis“), das von Rot-Grün im Jahr 2000 massiv zugunsten des Geburtsortsprinzips („ius soli“) zurückgedrängt wurde, und Revision des Ausländerrechts. Illegale Migration darf niemals ein Recht zur Einbürgerung begründen, auch nicht für Abkömmlinge. Eine gelungene Integration und absehbare Assimilation müssen vor der Einbürgerung nachgewiesen sein; hierzu gehört m. E. mindestens ein zusammenhängender Zeitraum von 10 Jahren ohne Begehung auch nur einer Straftat (auch keine Bagatelldelikte) und ohne Bezug von Transferleistungen (außer ALG I, da dieses nur zeitlich beschränkt aufgrund eigener Beitragszahlung gewährt wird).
- Ersatzlose Abschaffung des § 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen) und Reformierung des § 130 StGB (Volksverhetzung): Staat und Religion müssen getrennt sein und für die Religionsausübung darf es keine Sonderregeln geben. Kritik (sei es am Islam oder an der Einwanderung) darf nicht unter dem Vorwand der Sicherung des öffentlichen Friedens unter Strafe gestellt werden.

Angabe, für welchen Wahlkreis Sie direkt kandidieren oder eine Direktkandidatur beabsichtigen

Wahlkreis 283 Emmendingen-Lahr (gewählt am 05.11.2016 mit 24 : 8 Stimmen bei 33 anwesenden Stimmberechtigten)